

Kassel, 28. Oktober 2013

Niederschrift
über die **16. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am Donnerstag, 26. September 2013, 17:00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU
Frank Oberbrunner, 1. stellvertretender Vorsitzender, FDP
Dr. Manuel Eichler, 2. stellvertretender Vorsitzender, SPD
Doğan Aydın, Mitglied, SPD
Gabriele Jakat, Mitglied, SPD
Enrico Schäfer, Mitglied, SPD
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne (bis 17:32 Uhr) (Vertretung für Dr. Andreas Jürgens)
Thomas Koch, Mitglied, B90/Grüne
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne
Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne
Wolfram Kieselbach, Mitglied, CDU
Birgit Trinczek, Mitglied, CDU
Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern (ab 17:08 Uhr)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten
Luigi Zisa, Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD

Schriftführung

Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Kirsten Wagner, Rechtsamt
Nina Djamali, Rechtsamt
Ferdinand Peter, Rechtsamt
Kathy Käferstein, Ordnungsamt
Gabriele Steinbach, Schulverwaltungsamt
Rolf Hedderich, Kämmerei und Steuern
Jürgen Freymuth, KASSELWASSER

Tagesordnung:

1. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Gemeinde Fulda und der Stadt Kassel sowie zwischen der Gemeinde Lohfelden und der Stadt Kassel infolge der Rekommunalisierung der Wasserversorgung 101.17.1046
2. Ordnung zur Änderung des Tarifs für Leistungen des Vermessungsamtes 101.17.1048

| | | |
|---|--|-------------|
| 3. | Nutzungsordnung für das Schulträgenetz | 101.17.1049 |
| 4. | Gründung der Kultursommer Nordhessen gGmbH als Tochtergesellschaft des Kultursommer Nordhessen e. V. | 101.17.1062 |
| 5. | Städtische Werke Aktiengesellschaft (STW) Beteiligung an der Gemeindegewerke Kaufungen GmbH & Co. KG Gründung der Gemeindegewerke Kaufungen Verwaltungs-GmbH | 101.17.1063 |
| 5.1 | Zwischenstand zur Umsetzung des Integrationskonzeptes | 101.17.1075 |
| 6. | Evaluationsergebnisse Trinkraum | 101.17.985 |
| 7. | Informationsfreiheitsgesetz | 101.17.997 |
| 8. | Entziehung Zuständigkeit Ordnungsamt | 101.17.996 |
| 9. | Regressforderungen im Zusammenhang mit den unzulässigen Geschwindigkeitsmessenanlagen | 101.17.1005 |
| 10. | Prüfung Regress und Schadensersatzforderungen | 101.17.1006 |
| 11. | Einnahmen und Kosten durch rechtswidrige Buß- und Verwarnungsgeldbescheide | 101.17.1007 |
| 12. | Gespräche mit der Polizei vor Einführung der stationären Geschwindigkeitsmessenanlagen | 101.17.1008 |
| 13. | Entschuldigungsbrief des Magistrats | 101.17.1009 |
| 14. | Vorbeugender Brandschutz in Kassel | 101.17.1028 |
| 15. | Meldung beobachteter strafbarer Handlungen | 101.17.1040 |
| 16. | Wohnungsprostitution | 101.17.1041 |
| Es ist beabsichtigt, nachfolgende Tagesordnungspunkte in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln. | | |
| 9 | Regressforderungen im Zusammenhang mit den unzulässigen Geschwindigkeitsmessenanlagen | 101.17.1005 |

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 18.09.2013 ordnungsgemäß einberufene 16. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Mijatovic, B90/Grüne, beantragt, die Tagesordnung um folgenden Punkt zu ergänzen

Zwischenstand zur Umsetzung des Integrationskonzeptes
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
101.17.1075

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Zwischenstand zur Umsetzung des Integrationskonzeptes, 101.17.1075, wird **zugestimmt**.

Dieser Tagesordnungspunkt wird nach Tagesordnungspunkt 5 behandelt.

Stadtverordneter Dr. Eichler, SPD-Fraktion, beantragt, die Tagesordnungspunkte 8 bis 13 wegen Sachzusammenhangs gemeinsam aufzurufen, zunächst sollen die Anfragen beantwortet werden. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird von Vorsitzendem Kortmann festgestellt.

1. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Gemeinde Fuldata und der Stadt Kassel sowie zwischen der Gemeinde Lohfelden und der Stadt Kassel infolge der Rekommunalisierung der Wasserversorgung

Vorlage des Magistrats

- 101.17.1046 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Den öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen hinsichtlich der Wasserversorgung
- zwischen der Gemeinde Fuldata und der Stadt Kassel sowie
- zwischen der Gemeinde Lohfelden und der Stadt Kassel
wird zugestimmt“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: Demokratie erneuern/Freie Wähler

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Gemeinde Fuldata und der Stadt Kassel sowie zwischen der Gemeinde Lohfelden und der Stadt Kassel infolge der Rekommunalisierung der Wasserversorgung, 101.17.1046, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Dr. Eichler

2. Ordnung zur Änderung des Tarifs für Leistungen des Vermessungsamtes

Vorlage des Magistrats

- 101.17.1048 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ordnung zur Änderung des Tarifs für Leistungen des Vermessungsamtes vom 21.02.1983 in der Fassung der Siebten Änderung vom 27.01.1997 (Achte Änderung) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Ordnung zur Änderung des Tarifs für Leistungen des Vermessungsamtes, 101.17.1048, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Mijatovic

3. Nutzungsordnung für das Schulträgernetz

Vorlage des Magistrats
- 101.17.1049 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Nutzungsordnung für das Schulträgernetz in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Nutzungsordnung für das Schulträgernetz, 101.17.1049, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Trinczek

4. Gründung der Kultursommer Nordhessen gGmbH als Tochtergesellschaft des Kultursommer Nordhessen e. V.

Vorlage des Magistrats
- 101.17.1062 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Gründung der Kultursommer Nordhessen gGmbH durch den Verein Kultursommer Nordhessen e. V. wird zugestimmt.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen oder Streichungen.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Gründung der Kultursommer Nordhessen gGmbH als Tochtergesellschaft des Kultursommer Nordhessen e. V., 101.17.1062, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Selbert

5. **Städtische Werke Aktiengesellschaft (STW)**
Beteiligung an der Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG
Gründung der Gemeindewerk Kaufungen Verwaltungs-GmbH
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1063 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Beteiligung der Städtische Werke Aktiengesellschaft mit einem Anteil von 99 % (198 T€) an der zu gründenden Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfes des Gesellschaftsvertrages (Anlage 1) zugestimmt.
2. Der Gründung der Gemeindewerk Kaufungen Verwaltungs-GmbH als hundertprozentige Tochtergesellschaft der Städtische Werke Aktiengesellschaft mit einem Stammkapital von 25 T€ wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfes des Gesellschaftsvertrages (Anlage 2) zugestimmt.
3. Der vorgesehenen Übertragung von Gesellschaftsanteilen der Gemeindewerk Kaufungen Verwaltungs-GmbH an die Kommanditisten der Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG wird zugestimmt.
4. Einer Veräußerung von Gesellschaftsanteilen der Städtische Werke Aktiengesellschaft an der Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG zu einem späteren Zeitpunkt wird zugestimmt, soweit mindestens 25,1 % der Anteile bei der Städtische Werke Aktiengesellschaft verbleiben.
5. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Städtische Werke Aktiengesellschaft (STW) Beteiligung an der Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG, Gründung der Gemeindewerk Kaufungen Verwaltungs-GmbH, 101.17.1063, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

5.1 Zwischenstand zur Umsetzung des Integrationskonzeptes

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.1075 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung die aktuelle Entwicklung der Umsetzung des Integrationskonzeptes vorzustellen. Besonderes Augenmerk soll dabei auf den Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rathauses mit der Fortbildung im Bereich interkulturelle Kompetenz liegen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Zwischenstand zur Umsetzung des Integrationskonzeptes, 101.17.1075, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Hoppe

6. Evaluationsergebnisse Trinkraum

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.985 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, nach der Sommerpause einen Bericht über die Evaluationsergebnisse des Trinkraums in der Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung vorzustellen.

Stadtverordneter Kieselbach, CDU-Fraktion, bringt einen Änderungsantrag ein. Dieser wird von Stadtverordnetem Dr. Eichler, SPD-Fraktion, im Einvernehmen mit der Fraktion B90/Grüne übernommen.

➤ **Geänderter gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, **noch vor der Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2014** einen Bericht über die Evaluationsergebnisse des Trinkraums in der Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung vorzustellen. **Dabei sind auch alle entstandenen Kosten detailliert offenzulegen.**

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Evaluationsergebnisse Trinkraum, 101.17.985, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Aydin

7. Informationsfreiheitssatzung

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.997 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird beauftragt, den Entwurf einer Informationsfreiheitssatzung vorzulegen, insofern eine vorherige Regelung des Landesgesetzgebers dies nicht erübrigt. Dabei ist insbesondere festzulegen, dass nur Informationen zu Selbstverwaltungsangelegenheiten betroffen sind und der Raum des behördlichen Entscheidungsbildungsprozesses geschützt ist. Ebenso ist die Deckung der entstehenden Verwaltungskosten zu regeln. Die Satzung soll zunächst befristet werden, um nach einem angemessenen Zeitraum eine Evaluation durchführen zu können.

Stadtverordneter Mijatovic, B90/Grüne, begründet den gemeinsamen Antrag. Im Rahmen der Diskussion macht Stadtverordneter Kieselbach, CDU-Fraktion, einen Änderungsvorschlag. Dieser wird nach kurzer Sitzungsunterbrechung wegen Beratungsbedarfs von Stadtverordnetem Schäfer, SPD Fraktion, im Einvernehmen mit der Fraktion B90/Grüne übernommen.

➤ **Geänderter gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird beauftragt, den Entwurf einer Informationsfreiheitssatzung vorzulegen, insofern eine vorherige Regelung des Landesgesetzgebers dies nicht erübrigt. Dabei ist insbesondere festzulegen, dass nur Informationen zu Selbstverwaltungsangelegenheiten betroffen sind und der Raum des behördlichen Entscheidungsbildungsprozesses geschützt ist **und der Datenschutz gewahrt wird**. Ebenso ist die Deckung der entstehenden Verwaltungskosten zu regeln. Die Satzung soll zunächst befristet werden, um nach einem angemessenen Zeitraum eine Evaluation durchführen zu können.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke

Ablehnung: Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Informationsfreiheitssatzung, 101.17.997, wird **zugestimmt**.

Stadtverordneter Dr. Hoppe, Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler, bringt für seine Fraktion folgenden Änderungsantrag ein.

➤ **Änderungsantrag Demokratie erneuern/Freie Wähler**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird beauftragt, den Entwurf einer Informationsfreiheitssatzung vorzulegen, insofern eine vorherige Regelung des Landesgesetzgebers dies nicht erübrigt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU

Enthaltung: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Informationsfreiheitssatzung, 101.17.997, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

Während der Behandlung der Tagesordnungspunkte 8 bis 13 übernimmt 1. stellv. Vorsitzender Oberbrunner die Sitzungsleitung. Er ruft zunächst die Tagesordnungspunkte 9, 11, und 12 betr. Geschwindigkeitsmessanlagen zur Beantwortung der Anfragen auf.

9. Regressforderungen im Zusammenhang mit den unzulässigen Geschwindigkeitsmessanlagen

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1005 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Mit welchen Regress- bzw. sonstigen Forderungen des Landes Hessen rechnet der Magistrat im Zusammenhang mit den rechtswidrig eingesetzten Geschwindigkeitsmessanlagen?
2. Mit welchen Forderungen des privaten Dienstleisters rechnet der Magistrat?
3. Welche Forderungen macht der Magistrat gegen den betroffenen Dienstleister geltend?

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Frage 1 der Anfrage und erklärt, dass die Beantwortung der Fragen 2 und 3 nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit möglich ist. Stadtverordneter Selbert, Fraktion Kasseler Linke, beantragt, die Fragen 2 und 3 in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln. Einvernehmlich wird festgestellt, dass die Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Beratung in nicht öffentlicher Sitzung nach Behandlung von Tagesordnungspunkt 13 betr. Entschuldigungsbrief des Magistrats, Antrag der CDU-Fraktion, 101.17.1009, erfolgt.

Nach Beantwortung der Frage 1 in öffentlicher und der Fragen 2 und 3 in nicht öffentlicher Sitzung durch Bürgermeister Kaiser erklärt 1. stellv. Vorsitzender Oberbrunner die Anfrage für erledigt.

11. Einnahmen und Kosten durch rechtswidrige Buß- und Verwarngeldbescheide

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1007 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Einnahmen bei Stadt und Land wurden bisher durch die rechtswidrigen Buß- und Verwarngeldbescheide der Geschwindigkeitsmessanlagen erzielt?
2. Welche Kosten in welcher Höhe sind bisher dabei entstanden?
3. Mit welchen weiteren Kosten rechnet der Magistrat noch?

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser erklärt 1. stellv. Vorsitzender Oberbrunner die Anfrage für erledigt.

12. Gespräche mit der Polizei vor Einführung der stationären Geschwindigkeitsmessenanlagen

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1008 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wurden vor der Entscheidung zur Einführung der stationären Geschwindigkeitsmessenanlagen Beratungsgespräche mit der Hessischen Polizei geführt?
2. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
3. Wenn nein, warum unterblieben diese?

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser erklärt 1. stellv. Vorsitzender Oberbrunner die Anfrage für erledigt.

8. Entziehung Zuständigkeit Ordnungsamt

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.996 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Mit Entrüstung und Bestürzung über die katastrophalen Zustände im Ordnungsamt der Stadt Kassel nimmt die Stadtverordnetenversammlung das Urteil des Amtsgerichts Kassel vom 28.06.2013 zur Kenntnis.

Die Stadtverordnetenversammlung rügt die gerichtlich festgestellten Organisationsmängel und Personaldefizite im Dezernatsbereich von Bürgermeister Kaiser.

Oberbürgermeister und Magistrat werden aufgefordert, sämtliche Vorkommnisse und Punkte rückhaltlos aufzuklären und der Stadtverordnetenversammlung einen detaillierten Bericht zu erstatten.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, Bürgermeister Jürgen Kaiser im Wege der Dezernatsverteilung wegen Überforderung und Pflichtverletzung die Zuständigkeit für das Ordnungsamt zu entziehen.

Im Rahmen der Diskussion beantragt Stadtverordneter Selbert, Fraktion Kasseler Linke, absatzweise Abstimmung. Zunächst sollen die Absätze eins bis drei gemeinsam abgestimmt werden.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Ablehnung: SPD, B90/Grüne
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 1 bis 3 des Antrages der CDU-Fraktion betr. Entziehung Zuständigkeit
Ordnungsamt, 101.17.996, wird **abgelehnt**.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: CDU
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke
Enthaltung: FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 4 des Antrages der CDU-Fraktion betr. Entziehung Zuständigkeit
Ordnungsamt, 101.17.996, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Kieselbach

10. Prüfung Regress und Schadensersatzforderungen

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1006 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, welche der im Zusammenhang mit den
Geschwindigkeitsmessenanlagen handelnden Personen sich gegebenenfalls gegenüber
dem Dienstherrn schadensersatzpflichtig gemacht haben. Diese Prüfung umfasst auch
die Tätigkeit des beauftragten Dienstleisters.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Ablehnung: SPD, B90/Grüne
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Prüfung Regress und
Schadensersatzforderungen, 101.17.1006, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Selbert

13. Entschuldigungsbrief des Magistrats

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1009 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, zur Wiedergewinnung von Vertrauen in die ordnungsgemäße Arbeit der Stadtverwaltung sich in einem Brief gegenüber allen betroffenen Bürgern, die – wie inzwischen gerichtlich festgestellt – rechtswidrig mit einem Buß- bzw. Verwargeldbescheid überzogen wurden, zu entschuldigen. In diesem Brief ist auf die aktuelle Rechtslage hinzuweisen und mitzuteilen, gegen welche Personen ggfs. zivilrechtliche Schadensersatzansprüche zu richten sind.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: CDU
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP,
Demokratie erneuern/Freie Wähler
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Entschuldigungsbrief des Magistrats, 101.17.1009, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

Vor erneutem Aufruf von Tagesordnungspunkt 9 betr. Regressforderungen im Zusammenhang mit den unzulässigen Geschwindigkeitsmessenanlagen, 101.17.1005, stellt 1. stellv. Vorsitzender Oberbrunner den Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Kasseler Linke Tagesordnungspunkt 9 in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Ablehnung: Kasseler Linke
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Behandlung des Tagesordnungspunktes 9 betr. Regressforderungen im Zusammenhang mit den unzulässigen Geschwindigkeitsmessenanlagen, 101.17.1075, in nicht öffentlicher Sitzung wird **zugestimmt**.

1. stellv. Vorsitzender Oberbrunner gibt bekannt, dass Tagesordnungspunkt

9. Regressforderungen im Zusammenhang mit den unzulässigen Geschwindigkeitsmessenanlagen

Anfrage der CDU-Fraktion

101.17.1005

in nicht öffentlicher Sitzung behandelt wird. Siehe Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

14. Vorbeugender Brandschutz in Kassel

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.1028 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

15. Meldung beobachteter strafbarer Handlungen

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.1040 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

16. Wohnungsprostitution

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.1041 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 19:05 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Andrea Herschelmann
Schriftführerin